

Kolumne Nr. 42/2022

Chancenkarte und Punktesystem bietet Chance auf mehr Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern

in: ntv-Nachrichten v. 30.11.2022 (zur Pressekonferenz von Heil/Faeser/Habeck)

Seit Jahrzehnten ist es bekannt, jetzt dringt die demografische Botschaft durch: In den nächsten 12 Jahren werden etwa 7 Millionen Arbeitskräfte altersbedingt in Rente gehen. Selbst wenn alle inländischen Potenziale ausgeschöpft werden, wird es dauerhaft eine Fachkräftelücke geben. Ohne Zuwanderung aus EU- und Nicht-EU-Ländern in einer Größenordnung von 500.000 je Jahr wird es nicht gehen, soll das Wohlstandsniveau in Deutschland gehalten werden. Die Ampelkoalition will die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten neu regeln. Sind die vorgeschlagene Chancenkarte und das Punktesystem der große Wurf?

Gedanklich kommen wir in Deutschland aus einer Welt, in der Inländer vorrangig offene Stellen besetzen sollen. Noch bis vor etwa drei Jahren hat die Bundesagentur für Arbeit die sogenannte „Vorrangprüfung“ durchgeführt. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz von 2020 ist sie verschwunden. Geblieben ist das Dickicht an Institutionen und Regelungen, durch das sich potenzielle Zuwanderer quälen müssen. Wenn zum Beispiel qualifizierte Pflegekräfte in Brasilien nach Deutschland kommen wollen, gilt es nicht im „Bermuda-Vieleck“ zwischen Konsulaten oder Botschaften, Regierungspräsidien, Anerkennungsstellen und Ausländerbehörden verloren zu gehen. Diese kommunizieren in Papierform miteinander, sind personell oft unterbesetzt – zwischen dem geäußerten Interesse nach Deutschland zu kommen und der Abreise kann deshalb schon einmal ein Jahr und mehr liegen.

Das Problem ist längst bekannt. Als die damalige Bundesregierung vor zehn Jahren ihre Demografiestrategie vorlegte, wurde das Portal „Make it in Germany“ ins Leben gerufen. Dort können sich Interessenten über das deutsche Dickicht informieren. Auch wurde damals eine Bluecard für ausländische Fachkräfte eingeführt – nach sehr zähem Beginn sind im letzten Jahr immerhin etwa 70.000 Nicht-EU-Fachkräfte nach Deutschland gekommen, vor allem indische IT-Spezialisten. Die Anerkennung beruflicher Qualifikation wurde vereinfacht – schwierig und langwierig sind die Verfahren immer noch, weil die ausländischen Qualifikationen mit der Brille des deutschen Ausbildungssystems betrachtet werden – statt auf Kompetenzen zu checken.

Braucht es noch eine weitere Karte? Nein, wenn sie zu weiterer Bürokratie und langwierigen Prozessen führt. Ja, wenn Interessierte digital ihre Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung und Deutschland-Bezug eingeben können; das vorgeschlagene Kriterium Alter ist nicht nachvollziehbar. Danach sollte ein Algorithmus die Zahl der Punkte nennen: Ist die Mindestpunktzahl erreicht, dann steht die Chancenkarte zum Download bereit. Wenn nicht, gibt es einen Hinweis was zu tun ist, um dem Ziel näher zu kommen. Grenzfälle sehen sich Menschen an. Zur Erinnerung: Selbst

deutsche Finanzämter nutzen Algorithmen – es wird schon länger nicht mehr jeder Beleg von Fachpersonal angesehen.

Nicht-EU-Staaten sind nicht nur die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Ein besonderer Fokus sollte auf die Staaten gelegt werden, die Mitglieder der EU werden wollen: die sechs Westbalkanstaaten (Serbien, Kosovo, Albanien, Nordmazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro), die Ukraine und die Türkei. Vereinfachte Zugangsvoraussetzungen für diese Staaten sollten kein Tabu sein. Was spricht gegen eine siebenjährige Übergangsperiode mit weitgehender Arbeitnehmerfreizügigkeit vor endgültiger Aufnahme in die EU? Zur Erinnerung: Polen, Rumänien und Bulgarien wurde von Deutschland nach ihrem EU-Beitritt für sieben Jahren die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit verwehrt – heute ist genau das Gegenteil richtig.

Auch die Verknüpfung mit einer möglichen Einbürgerung nach fünf Jahren Arbeiten in Deutschland kann den Standort Deutschland attraktiver machen, vor allem wenn eine Mehrfach-Staatsbürgerschaft möglich ist. Wer hier durchgehend mehrere Jahre arbeitet, der/die zeigt doch: I made it in Germany. Eine Option zur Einbürgerung ist ein sinnvolles zusätzliches Politikinstrument.

Im nächsten Frühjahr soll ein Gesetzentwurf folgen. Bis dahin ist noch Zeit, die Chancenkarte und das Punktesystem so auszugestalten, dass sie Chancen verbessert – und nicht Bürokratie vermehrt. Die Bluecard darf nicht das Vorbild sein. Es muss digitaler und schneller gehen, als Fachkraft aus dem Nicht-EU-Ausland nach Deutschland zu kommen.

Prof. Dr. Alexander Spermann lehrt Volkswirtschaftslehre an der FOM-Hochschule für Erwerbstätige in Köln und an der Universität Freiburg.